

Arbeitsmarktöffnung Die Ergebnisse der diversen Meinungsumfragen gehen deutlich auseinander

Die Grenzen sind offen ...

Laut der Befragung der ÖGfE fürchten nur acht Prozent der Österreicher um ihren Arbeitsplatz

Wien/Linz. Von „Katastrophe“ bis „Vollkommen egal“ – dieses Spektrum decken die Ergebnisse der diversen Umfragen zum Thema Arbeitsmarktöffnung für Bürger aus den neuen EU-Staaten am 1. Mai

„Wir plädieren für eine Entdramatisierung der öffentlichen Diskussion. Sie soll geführt werden, aber Panikmache ist fehl am Platz.“

PAUL SCHMIDT, ÖGfE



Ab 1. 5. steht unser Arbeitsmarkt auch Bürgern aus den neuen EU-Ländern offen

ab. So besagt etwa die Befragung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), dass die Österreicher eher entspannt auf diesen Stichtag blicken – so haben nur acht Prozent Angst um ihren Arbeitsplatz, während 89% ganz und gar nicht befürchten, dass sie ihren Job an einen Tschechen, Slowaken oder Polen verlieren könnten (mit einem größeren Zuzug aus diesen Ländern rechnen 47%).

Primär im Tourismus

Eine andere Umfrage – im Auftrag der „Plattform für berufsbezogene Erwachsenenbildung“

– zeichnet ein ähnliches Bild: Demnach rechnen 44% durch die Arbeitsmarktöffnung mit einer sehr starken oder starken Zunahme an Bewerbern aus den neuen EU-Ländern in ihrem Unternehmen, 30% mit einer geringen und 23% gehen von gar keinem Anstieg an Bewerbern aus. Vor allem im Bereich Hotel, Gastronomie und sonstiger Tourismus wird von knapp zwei Drittel der Befragten mit einem größeren Bewerberaufkommen aus dem Osten Europas gerechnet. Auf den Plätzen folgen Gewerbe, Handwerk und Technischer Dienst (59%) sowie Gewerbliche und Industrielle Produktion (54%). Kaum betrof-

fen seien dagegen das Personalwesen, der Finanz-, Controlling- und Buchhaltungsbereich (je acht Prozent), der öffentliche Dienst (sieben Prozent) und der juristische Bereich (vier Prozent).

Ein weit dramatischeres Bild als die ersten beiden Erhebungen zeichnet indes eine aktuelle Imas-Studie: Demnach würden 70% der Österreicher mit einem Ansturm von Zuwanderern rechnen – die Grundstimmung sei nicht EU-freundlich, die Ergebnisse daher plausibel, erklärte Paul Eiselsberg von Imas dazu. „Die Umfragebefunde lassen vermuten, dass die Öffnung der Arbeitsmärkte für Ost-

europäer zu nicht zu unterschätzenden sozialen Spannungen führen wird“, heißt es seitens Imas.

Paul Schmidt, Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, versucht hingegen Ruhe in die Diskussion zu bringen: „Wir plädieren für eine Entdramatisierung der öffentlichen Diskussion. Sie soll geführt werden, aber Panikmache ist fehl am Platz.“

Gesetz gegen Lohndumping

Zufrieden zeigten sich die Österreicher laut ÖGfE-Befragung mit dem Handeln der heimischen Politiker. So sind für 71% die siebenjährigen Übergangsfristen für die Arbeitsmarktöffnung richtig gewesen und 68% begrüßen Maßnahmen, die dazu führen, Lohndumping zu verhindern und glauben, dass das im Zuge der Arbeitsmarktöffnung in Kraft tretende Gesetz gegen Lohndumping hierzu einen wirksamen Schritt darstellt. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, „dass die geplanten Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden“, hält Schmidt fest.

FACTS & FIGURES

Die Arbeitsmarktöffnung sieht vor, dass ab Mai 2011 Bürger aus acht osteuropäischen Ländern – Ungarn, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Polen, Estland, Lettland und Litauen – keine Genehmigung mehr brauchen, um in Österreich arbeiten zu können. Die neue Regelung gilt vice versa auch für Österreicher in den Ostländern.